

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1852

20.2.1852 (No. 43)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 20. Februar.

N. 43.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Peltzelle oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1852.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 19. Febr. 25. Sitzung der Zweiten Kammer. Vorsitz des Präsidenten Vader.
Auf der Regierungsbank: Staatsrath v. Wechmar, Geh. Ref. Jungmanns, Ministerialrath v. Zagemann.
Der Präsident eröffnet der Kammer, daß die Nachweisungen über das Justizministerium, die Post- und Eisenbahn-Verwaltung auch von der Ersten Kammer genehmigt worden sind, und daß von Seiten des Ministeriums des Innern eine nachträgliche Forderung von 1700 fl. für das polytechnische Institut gestellt ist, die der Budgetkommission zugeht.

Staatsrath Regenauer übergibt das außerordentliche Budget für 1852 und 1853. Die Summe der Forderung beträgt 1,877,940 fl. 50 kr. Davon kommen 271,456 fl. in Rechnung für aufrecht zu haltende Kredite und 1,606,484 fl. für neue.

Das Staatsministerium fordert 225,528 fl., fast ausschließlich für Beiträge zu Bundeslasten.

Das Justizministerium 97,062 fl., meist zum Bau von Amtsgefängnissen, zum Theil aber auch zur Vollendung der Kreisgerichts- und Strafanstalten-Gebäude.

Das Ministerium des Innern begehrt für alte und neue Kredite 981,112 fl., wovon der Wasser- und Straßenbau allein 877,622 fl. und die Unterfütterung der Auswanderung 50,000 fl. in Anspruch nehmen. Unter dem Aufwande für den Wasser- und Straßenbau sind zur Wiederherstellung der durch das Hochwasser im August v. J. beschädigten Wasser- und Straßenbauten 171,130 fl. ausgesetzt.

Das Finanzministerium verlangt im Ganzen 140,700 fl., und darunter 61,321 fl. für Meliorationen von Domänengrundstücken, welche das Gesetz vom 6. Febr. 1851 zunächst auf die außerordentliche Einnahme aus Holzlos verweist.

Das Kriegsministerium endlich fordert für alte und neue Kredite 433,537 fl., größtentheils zur Ergänzung von Montur- und Ausrüstungsgegenständen des großh. Armeekorps und zu militärischen Bautlichkeiten. Mittheilung über die Dedungsmittel wird vorbehalten.

Der Abg. Prestinari übergibt den Bericht über den Gesetzentwurf, Ablösung alter Abgaben betreffend;

Fischer den Bericht über das Budget der Forst- und Kameraldomänen;

Muth den über einen Theil des Finanzministeriums.

Von Seiten des Sekretariats und des Abg. Burger werden Petitionen übergeben.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Diskussion des Berichts des Abg. Schmitt über das Budget des Justizministeriums.

A. Einnahmen und Lasten:

I. Strafanstalten. Die Kommission beantragt die Einnahmen für jedes der beiden Budgetjahre mit 108,330 fl., die Ausgaben mit 64,493 fl. zu genehmigen. Angenommen.

II. Kreisgefängnisse. Die Einnahmen für 1852 mit 11,120 fl., die Ausgaben mit 9506 fl., für das Jahr 1853 jene mit 12,320 fl., diese mit 10,346 fl. werden genehmigt.

B. Eigenthlicher Staatsaufwand: Für 1852 816,467 fl., nach Abzug von 1800 fl. für 3 Posten 814,667 fl. Für 1853 nach Abzug obiger 1800 fl. noch 816,822 fl. Genehmigt.

Eine Diskussion über die einzelnen Posten fand nicht statt.

Der Abg. Bissling spricht den Wunsch aus, daß die Zahl der Hauptgeschwornen von 36 auf 24 herabgesetzt werde, mit Anknüpfung einiger Bemerkungen über die den Geschwornen aus dem Mangel der Tagesgebühr erwachsenden Lasten und den guten Geist, der in der letzten Zeit die Verhandlungen der badischen Geschwornen ausgezeichnet habe.

Staatsrath v. Wechmar erkennt den Eifer und die gute Gesinnung an, welche die Geschwornen gezeigt; Aenderungen am bestehenden Gesetz würden aber besser bei einer Revision des Ganzen besprochen.

Die Tagesordnung führt hierauf zur Diskussion des Berichts des Abg. Schmalholz über die Motion des Abg. Oster, die Vorlage eines Gesetzes über Ausgleichung und Vergütung von Kriegsschäden betreffend.

Der Bericht führt aus, wie unendlich schwierig es sei, gesetzliche Bestimmungen zu geben über Ausgleichung von Lasten, welche unter dem unmittelbaren Befehle der Gewalt, der augenblicklichen Nothwendigkeit, der unberechenbaren Zufälle ständen, nach Gattungen und Arten unendlich verschieden seien, Tag für Tag neue Wechsel erfahren, und jeder Berechnung sich entzogen. Die Kommission sei zur Ueberzeugung gelangt, daß es weder möglich noch rathlich sei, ein derartiges Gesetz schon im voraus zu machen, wolle man sich nicht geradezu in das Ungewisse hinein arbeiten, unbekümmert um die unabsehbaren Folgen, die für die Gesamtheit der Staatsbürger daraus entstehen könnten, und ganz abgesehen von dem Umfange, daß je nach der Größe der Last die Ersatzeleistung alle Möglichkeit übersteigen könnte. Die Kommission verkenne damit keineswegs die gute Absicht des Motionstellers, glaube aber, daß Rastatt nicht allein es sei, das Gefahr laufe. Uebrigens möge den Bürgern von Rastatt zur Beruhigung dienen, daß im Falle des

Eintritts eines Schadens unsere Regierung im Einverständnisse mit den Ständen gewiß gerne die Hände bieten, und durch eine verhältnismäßige, aus den Mitteln der Gesamtheit aufzubringende Unterfütterung nach Kräften zur Linderung der Beschädigten beitragen werde.

Der Antrag geht daher dahin:

„Die Motion zur Sammlung von Material für den Fall einer Instruktion an das großh. Staatsministerium zu überweisen.“

Oster bedauert, daß die Kommission nicht wenigstens auf Versicherung der Gebäude eingegangen sei, und stellt den Antrag:

„Die Motion dem großh. Staatsministerium mit der Bitte zu überweisen, in baldige Erwägung zu ziehen, ob nicht zu Gunsten derjenigen Staatsangehörigen, deren Besitztum durch einen Krieg besonders gefährdet ist, ein Gesetz zu erlassen sei, welches, wenn nicht eine volle, doch wenigstens einige Sicherheit für den Ertrag des durch den Krieg an Gebäuden verursachten Schadens gewährt.“

Ulrich unterstützt diesen Antrag; Schmitt bekämpft ihn.

Geh. Ref. Weizel erklärt, daß die Regierung gegen den Kommissionsantrag Nichts einzuwenden habe, ja daß sie bereits gethan, was verlangt werde, indem sie Instruktionen für vorkommende Fälle ausgearbeitet habe, mit Benützung der Erfahrungen der Kriegskosten-Ausgleichungskommission. Eine Vorlage im Sinn des Motionstellers zu machen, sei schlechterdings für diesen Landtag unmöglich. Seit 20 Jahren habe man diesen Gegenstand im Auge, drei Entwürfe gemacht, aber keiner befriedigend. Baden für sich führe keine Kriege, und ein von ihm einseitig erlassenes Gesetz der Art werde Reklamationen anderer Staaten zur Folge haben.

Schaaff spricht in längerem Vortrag für ein Gesetz, als im Interesse des Credits der Grundbesitzer, und nimmt den neuen Antrag Osters in dem Sinn auf, daß er als Abresse behandelt werde.

Im entgegengelegten Sinn sprechen Geh. Ref. Weizel, die Abg. Bar, Jungmanns, Rettig, Muth.

Für den Antrag Osters Prestinari.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Osters-Schaaff verworfen, der der Kommission angenommen.

Damit schloß die Sitzung.

Nächste Sitzung Samstag, den 21. d., Vormittags 11 Uhr.

Tagesordnung: Diskussion des Berichts des Abg. Prestinari, die Ablösung alter Abgaben betr. Petitionsberichte.

Deutschland.

* **Karlsruhe, 19. Febr.** Leider können wir auch heute noch keine erfreuliche Verminderung des Sichtsleidens Sr. Kön. Hoh. des Großherzogs berichten.

Die abwechselnd bald mehr bald minder heftig auftretenden Schmerzen des Knie's lassen ihre fortwährende nachtheilige Rückwirkung auf Schlaf und Appetit nicht verkennen.

Als notwendige Folge dieser Verhältnisse ist zu beklagen, daß der Kräftezustand sich noch immer nicht auf eine höhere Stufe erheben konnte.

* **Aus Baden, 19. Febr.** Bei dem Bergwerk zu Wiesloch soll, wie man uns schreibt, der Jahrtag bisweilen auf den Sonntag verlegt werden. Darüber erhebt man Klage als über ein Vorkommniß, wodurch nicht nur der Sonntag profanirt, sondern auch die weit aus einander wohnenden Arbeiter in ihren kirchlichen Bedürfnissen gestört würden, und verlangt Abstellung von den Behörden, die von der Sache schwerlich unterrichtet seien.

Fräulein Hochfolz hat in einem Konzert zu Freiburg großen Beifall gefunden, und wird noch ein zweites Konzert geben. Auch der Fötienvirtuos Wolfram, Mitglied des großh. Hoforchesters zu Karlsruhe, fand vielen Beifall in dem erwähnten Konzert.

Im Laufe des Jahres 1851 sind im Seekreise 30 Personen durch Unglücksfälle ums Leben gekommen, und zwar 20 Erwachsene und 10 Kinder. Von denselben fanden ihren Tod: 2 durch Verbrennen, 9 durch Ertrinken, von welchen 1 sich im betrunkenen Zustande befand, 2 durch Erfrieren, 1 durch Genuß von Wolfkirschchen, 1 durch Schlagen eines Pferdes, 2 durch Ueberfahren, 1 beim Sandgraben durch Einsturz einer Kieswand, 1 beim Holzfällen, 1 beim Holzabladen und 10 durch Sturz theils von Stiegen, theils von schlechtverwahrten Dertennlöchern herab.

Bruchsal, 17. Febr. (Schw. M.) Mit dem 15. kommenden Monats beginnen dahier die Schwurgerichts-Verhandlungen des ersten Quartals. Schwurgerichts-Präsident ist wieder der großh. Hofgerichts-Rath Prestinari, sein Stellvertreter der großh. Hofgerichts-Rath Benäfer. Es werden diesmal fünfzehn Fälle zur Verhandlung kommen, und zwar neun Untersuchungen wegen gefährlichen Diebstahls, drei wegen Brandstiftung, eine wegen Falschmünzerei, eine wegen Raubs und eine wegen Meineids. Außerdem sind noch fünf weitere Untersuchungen, namentlich einige wegen Preßvergehen, auf der Tagesordnung; die betreffenden Angeklagten

sind jedoch flüchtig, beziehungsweise abwesend, und da sie ohne Zweifel nicht erscheinen werden, so wird ihre Aburtheilung ohne Mitwirkung der Geschwornen durch den Schwurgerichtshof erfolgen. Erfreulich ist die Wahrnehmung, daß diesmal keine Fleischverbrechen unter den abzuurtheilenden Fällen erscheinen. Die Zahl der gefährlichen Diebstähle ist gegen früher gestiegen; es findet Dies seine Erklärung in der Noth der Zeit, die voraussichtlich auch noch weiterhin ihre Wirkung äußern wird. Zum Theil sollen die jetzt vorliegenden Diebstahlsfälle von keiner besondern Bedeutung sein, und die Entwendung von Lebensmitteln zum Gegenstande haben. — An der Verbindungsbahn mit Württemberg ist jetzt ein sehr reges Leben. Auf der ganzen Strecke derselben, von hier bis zur Landesgränze, wird an vielen Punkten zugleich gearbeitet. In etwa 14 Tagen soll der unter dem Kirchhofe dahier hinziehende Tunnel in Angriff genommen werden. Eine große Masse dafür bestimmter badener Steine liegt bereits an der Baustelle.

Die monatlichen Nachweisungen über die Frequenz der badischen Eisenbahn zeigen die immer steigende Bedeutung für den verfloffenen Monat Dezember, daß in demselben der Personenverkehr dahier nur dem an den Hauptstationen Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe und Freiburg nachstand, das Gewicht der angekommenen Güter aber nur dem der drei zuerst genannten Stationen und der von Offenburg und Haltingen. Es betrug über 19,000 Zentner; die Güter, hauptsächlich in Wein, Früchten und Kolonialwaaren bestehend, gingen größtentheils nach Württemberg. Im Januar l. J. soll das Gewicht der dahier angekommenen und gleichfalls zum größten Theil für Württemberg bestimmten Güter noch etwa um die Hälfte größer gewesen sein. Diese Verhältnisse sind bedeutende Zeichen für die Zukunft der im Werden begriffenen Verbindungsbahn.

* **Philippsburg, 18. Febr.** Die Stürme, welche in der letzten Zeit zum öfteren wütheten, haben unlängst in der Nähe von Germersheim einen bemerkenswerthen Unfall zur Folge gehabt. Eine Lokomotive — ein neues, prächtvolles Werk der Kessler'schen Fabrik — sollte zu Wasser nach Deug, der Anfang der Köln-Mindener Bahn, für welche sie bestimmt war, gebracht werden. Da ergriffte der Sturm nicht weit von Germersheim die Segel des Schiffes mit solcher Wucht, daß dieses umschlägt, und die Maschine stürzt in die Fluthen des Rheins. Glücklicher Weise war dieselbe versichert. Bis her angestellte Nachforschungen haben gezeigt, daß sie in ansehnlicher Tiefe liegt, und daß es nicht geringer Anstrengungen bedarf, um das schöne mechanische Werk den Fluthen wieder zu entreißen. Ein Menschenleben ist bei dem Unfall nicht verloren worden.

Δ **Heidelberg, 18. Febr.** Heute wurde Bierbrauermeister Hoffmann mit 49 Stimmen zum zweiten Bürgermeister für die hiesige Stadt erwählt. Die Gewandtheit und Thätigkeit, die derselbe schon seit Jahren als Direktionsmitglied der Kreisstelle des landwirthschaftlichen Vereins des Unterheintreises und seit dem Wegzug des Hrn. Gartendirektors Wegger von Heidelberg als Verwalter der hiesigen landwirthschaftlichen Kreisstelle bewiesen, hat wohl Vieles dazu beigetragen, daß seine Mitbürger ihn mit solchem Vertrauen beehrten. Möge der Erwählte im Einklange mit seinem achtungswerthen Kollegen, dem ersten Bürgermeister Hrn. Walz, dessen Nachfolger im Amte er zugleich ist, fest und entschlossen auf dem Wege beharren, der ihm schon angebahnt ist und dieselbe Theilnahme dem öffentlichen Wohle auch in seiner jetzigen Stellung zuwenden, die er bisher in einem andern Kreise auf so rühmliche Weise fundgegeben hat.

** **Mannheim, 18. Febr.** Heute Morgen marschirte die 1. Schwadron des hiesigen 3. Reiterregiments nach Rastatt. Das 3. Reiterregiment löst die Karlsruher Reitergarnison im Festungsdienst auf die Dauer eines Jahres ab. Der Infanterie-Dienststand ist im Laufe von Mitte Januar bis Mitte dieses Monats auf die Stärke von 80 Mann per Kompagnie verringert worden. Im Januar wurden 50 Mann per Kompagnie entlassen und Mitte Februar 25 Mann; dafür finden 1. April, zur Einberufungszeit der Rekruten, keine weitere Beurlaubungen statt.

Gestern gab die früher längere Zeit hier engagirte und im besten Andenken stehende Sängerin vom Darmstädter Hoftheater, Frau Pirscher, im Verein mit der Altsittin Frau v. Stranz ein Konzert. Frau v. Stranz riß das zahlreiche Publikum durch den wundervollen Vortrag und den Klang ihrer charakteristischen Altstimme, welche in reinster Verbindung der Töne über zwei Oktaven umfaßt, zu enthusiastischen Beifallsbezeugungen hin. Wie verlautet, wird Frau v. Stranz in Folge ihrer gestrigen Erfolge auf hiesiger Bühne einen Cyclus von Gastrollen geben und auch einige Mal in Karlsruhe in Konzerten auftreten. Sie wird überall, wo sie sich produziert, überraschen durch ihren so selten gewordenen Alt, wie durch ihre Schale und Gesangsfertigkeit. Dasselbe gilt beziehungsweise von dem Virtuosen auf dem Contrabaß, dem Hofkonzertmeister Hrn. August Müller aus Darmstadt, welcher im Verein mit Hrn. Pirscher und dem jugendlichen Klaviervirtuosen Binzenz Pirscher die Konzertegeberinnen unterstützte. Hr. Müller hat die Schwierigkeiten seines In-

strumente so glücklich und vollendet überwunden, daß er die schwierigsten Violinpassagen mit der Leichtigkeit und Korrektheit eines Ernst u. auf dem Contrabaß vorträgt. Die bekannte Arie der Rosine „Frage mein beklommenes Herz“ dürfte wohl noch nie auf diesem Instrumente gehört worden sein. Hr. Müller spielte sein Instrument unter anhaltenden Interjectionen des Staunens und schließlichem Beifallssturm und Hervorrufen der Zuhörer. Sämmtliche Konzertanten wurden mit verdienten Ehrenbezeugungen belohnt; Frau v. Strang nach dem ersten Erscheinen jedesmal auch empfangen.

München, 16. Febr. (Allg. Z.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten stellte Dr. Heine seine Anfrage wegen des Nothstandes im Speßarth und in der Rhön. Der Minister des Innern, Hr. v. Zwehl, antwortete umständlich, indem er den Umfang des Nothstandes darlegte, den man hoffen dürfe mit den vorhandenen Hilfsmitteln zu bewältigen. Die nöthigen Weisungen an die betreffenden Kreisregierungen seien ergangen. Ueberdies habe Se. Maj. der König 1500 fl. auf seine Kabinetskasse, und Ihre Maj. die Königin Marie 300 fl. auf ihre Privatschatulle zur Unterstützung der Nothleidenden huldvollst anweisen lassen.

Frankfurt, 17. Febr. (Fr. Z.) Wie bereits bekannt, hat eine letzte Entscheidung über die deutsche Flotte an dem anfänglich dazu bestimmten Tage, dem 10. Febr., nicht stattgefunden; diese Angelegenheit hat vielmehr den Gegenstand zweier nach diesem Tage stattgefundenen Bundestags-Sitzungen gebildet und in diesen wieder eine ganz andere Wendung erhalten, als die in der letzten Zeit fast zweifellos zu befürchtende. Die meisten Regierungen sollen sich nämlich für eine Erhaltung der Flotte, und zwar im Bundeskontingents-Verhältnisse, ausgesprochen haben, und bei nur einigermaßen veränderter Sachlage auch Preußen für diesen Plan geneigt sein, eben in der Voraussetzung oder unter der Bedingung seiner eigenen Theilnahme dabei. Von einer Bereitwilligkeit sämmtlicher Bundesstaaten zur Zahlung der Matrikularbeiträge, wie sie die „A. A. Z.“ gemeldet, ist aber keineswegs noch die Rede; die ganze Angelegenheit vielmehr nur in ein neues Stadium getreten, welches die Stellung einiger Staaten zu dieser Frage wesentlich geändert hat, aber die endliche Entscheidung und das Wie? derselben noch keineswegs bestimmen läßt. Denn eben die veränderte Stellung muß zu neuen Verhandlungen führen, da namentlich Oesterreich für eine dreitheilige Flotte, und zwar Uebernahme der Nordsee-Flotte durch die übrigen Staaten außer ihm und Preußen, sich erklärt hat, dem Projekte einer näheren Theilnahme Preußens an dieser Flotte aber nicht geneigt ist. Man wird also wohl thun, vor der Hand nur die Sache so zu betrachten, daß die nahe drohende Auflösung für jetzt abgewendet und diese Eventualität eine weniger wahrscheinliche geworden ist, als sie noch vor wenigen Wochen oder Tagen zu sein schien.

SS Frankfurt, 18. Febr. Man erfährt jetzt aus glaubhafter Quelle, daß die publicirte Entschlieung Sr. Hoh. des jungen Fürsten von Waldeck, die Regierung erst nach Veränderung der Verfassung im Sinne des Bundesbeschlusses vom 23. August v. J. zu übernehmen, der Ausfluß von Unterhandlungen ist, welche die Bundesversammlung über die Waldeck'schen Verfassungsverhältnisse pflog, und an welche dieselbe das obige Begehren knüpfte.

Dieser Tag wurde drei der hier liegenden kaiserl. österreichischen Truppen bei feierlicher Parade das Verdienstkreuz für militärische Bravour in der Schlacht von Novara überreicht. Das ganze Kontingent der hier liegenden k. k. österreichischen Truppentheile war bei dieser militärischen Feierlichkeit ausgerückt.

Die Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft ist bei dem betreffenden Komitee in Wiesbaden zur Erbauung einer Eisenbahn zwischen Frankfurt und Deuz u. durch ihren Ingenieur um Ueberlassung der geschienenen Vorarbeiten zwischen Wiesbaden und Deuz, resp. Limburg, eingekommen.

++ Aus Preußen, 16. Febr. Das von der Regierung vorgelegte Disziplinargesetz für die nichtrichterlichen Beamten wird demnächst auch in der Zweiten Kammer zur Beratung kommen. Die betreffende Kommission hat ihren Bericht bereits erstattet. Der Kampf, der in der Ersten Kammer geführt worden, wird ohne Zweifel abermals und heftiger entbrennen.

Die Linke der Ersten Kammer schlug der Regierung einen förmlichen Handel vor: das Disziplinargesetz für die Beamten gegen ein Verantwortlichkeitsgesetz für die Minister, ohne Verantwortlichkeitsgesetz kein Disziplinargesetz. Hofentlich wird das Geschäft in der Zweiten Kammer so wenig als in der Ersten zu Stande kommen.

Es würde, was speziell Preußen betrifft, den Anklägern der Regierung schwer werden, den Nachweis zu führen, daß irgendetwas auf inquisitorische Weise gegen Beamte verfahren sei, die sich nicht selbst durch eine ostentable Parteilichkeit als Gegner der Regierung hingestellt. Notorisch zählen nicht bloß die gerichtlichen, sondern auch die administrativen Behörden eine Menge Mitglieder, deren Ansichten weit abgehen von denen der Staatsregierung, und die aus dieser Unzufriedenheit im ausgedehntesten Privatverkehr kein Hehl machen; es sind ihnen allerdings, Das liegt in der Natur der Sache, keine Bevorzugungen zu Theil geworden; aber sie sind sämmtlich unangefochten geblieben, und in ihren dienstlichen Verhältnissen hat jene politische Differenz keinen Einfluß geäußert, als daß ihnen keine Funktionen anvertraut wurden, bei welchen die Regierung einer vorzüglichen Uebereinstimmung versichert sein muß. Eine Verfolgung irgend welcher Art gegen Beamte ist nur da eingetreten, wo dieselben durch ihre öffentliche Wirksamkeit die Regierung herausforderten, und so viel Achtung in die Regierung sich selbst und ihrer Stellung schuldig, um eine öffentliche Opposition Seitens Derer nicht zu dulden, welche vorzugsweise berufen sind, ihre Autorität kräftigen zu helfen.

Die Regierung handelt nach ihrem Recht und nach ihrer Pflicht, wenn sie eine feindliche Parteinahme ihrer Beamten gegen die Staatsgewalt nicht zu dulden entschlossen ist. Was soll aus ihrer Autorität werden, wenn es den unmittelbaren

Vertretern derselben gestattet ist, ihr öffentlich entgegenzutreten? Es ist eine der unzweifelhaftesten Pflichten der Beamten, selbst bei entschiedener Mißbilligung der Schritte der Regierung, sich jeder offenen Parteinahme gegen dieselbe zu enthalten, und es gehört die ganze Mattheitigkeit unserer Zeit dazu, um in dieser Forderung ein Attentat gegen die Würde des Beamtenstandes zu erkennen.

✓ Berlin, 17. Febr. Seit einigen Tagen laufen in der Stadt wieder Gerüchte von einer neuen Ministerkrise um. Hatte man früher die Einsetzung eines alt-bürokratischen Kabinetts im Auge, so spricht man jetzt von der Berufung eines Ministeriums aus der Partei Bethmann-Hollweg. Sogar die Persönlichkeiten zur Leitung der einzelnen Verwaltungszweige werden schon bezeichnet. Während man Hr. v. Bethmann selbst als künftigen Conseilpräsidenten auftreten läßt, wird das Departement der Justiz dem Geh. Rath Hefster, und das des Auswärtigen dem Grafen Bernstorff zugetheilt. Sogar der Posten des diesseitigen Bundestags-Gesandten erhält einen neuen Inhaber in der Person des Grafen Portales. So ernstlich man sich auch mit dergleichen Gerüchten trägt, so können wir doch auf das bestimmteste versichern, daß dieselben jedes reellen Grundes entbehren. Die betreffenden Wünsche mögen allerdings in der neugebildeten „altpreussischen“ Partei leben; sie sind aber weit entfernt von ihrer Realisirung. Das gegenwärtige Kabinet bleibt, und was den neuerdings auch von anderer Seite, ohne Zusammenhang mit einer etwaigen Ministerkrise, behaupteten baldigen Abgang des Hrn. v. Bischoff-Schönhausen von seinem Posten als diesseitiger Bundestags-Gesandter betrifft, so ist darunter auf keinen Fall die Absicht eines Wechsels in der Person des Vertreters von Preußen zu verstehen. Was aber die in manchen Kreisen umlaufende Andeutung betrifft: die hiesige Regierung werde beim Wachsen der zwischen beiden Großmächten obwaltenden Differenzen ihren Gesandten am Bunde überhaupt abberufen, so finden dergleichen Ausstreuungen wenig Glauben. Man will sich nicht vorstellen, daß von der einen oder der andern Seite durch Verfolgung ungerichteter Ansprüche der Zwiespalt bis zum Eklat getrieben werden sollte.

Am kön. Hofe findet in dieser Karnevalszeit heute die letzte größere Festlichkeit statt. Morgen wird der Ministerpräsident v. Manteuffel ein Ballfest veranstalten. Zwei große Soireen beim Grafen v. Arnim und bei dem kais. russischen Gesandten, Baron v. Bubberg, werden mit Ablauf dieser Woche die diesmalige Wintersaison beschließen.

Die Beziehungen zwischen dem St. Petersburger und dem hiesigen Hofe haben in der letzten Zeit sichtlich noch an Innigkeit gewonnen. Alle früher obwaltenden Differenzen sind vollständig ausgeglichen, und an ihre Stelle ist wieder die frühere Gemeinsamkeit der Politik getreten. Ganz augenscheinlich haben die jüngsten Ereignisse in Frankreich einen sehr bedeutenden Antheil an dieser so schnell geförderten Verständigung. Der Kaiser Nikolaus behauptet seinen Standpunkt eines ruhigen und vorsorglichen Abwartens, und die gleiche Stellung wird mehr und mehr von Preußen eingenommen. So lange im Nachbarlande eine ungefährliche Entwicklung innerhalb der eigenen Grenzen sich hält, steht feinerlei Einmischung zu erwarten.

Der Geh. Rath Niebuhr aus dem Kabinet Sr. Maj. des Königs hat sich in besonderer Mission vor mehreren Tagen nach London begeben. Seine Aufträge betreffen meist innere Angelegenheiten der preussischen Gesandtschaft am Hofe zu St. James, und stehen mit der großen Politik in keiner näheren Verbindung. Hr. Niebuhr wird sich außerdem im Allgemeinen hinsichtlich der Stimmung in den maßgebenden Kreisen Londons orientiren. Derselbe ist von einem früheren Aufenthalt her sehr vertraut mit den englischen Verhältnissen.

Die Wiederbesetzung des erledigten Oberpräsidiums der Provinz Pommern ist noch immer nicht erfolgt. Dabei mehren sich aus der Provinz selbst die Stimmen, welche namentlich im Hinblick auf einen theilweise zu befürchtenden Nothstand den dringenden Wunsch nach der baldigen Berufung einer kräftigen Persönlichkeit zum Verwaltungschef dieses in der letzten Zeit einer energischen Administration so sehr entbehrenden Landestheils an den Tag legen.

Wien, 15. Febr. Der wirkliche Betrag des im Umlauf und in den verschiedenen Staatskassen befindlichen Papiergeldes mit Zwangskurs war am 30. November 1851 180,376,762 fl. R.-M., am 31. Jan. 1852 160,264,142 fl. R.-M. Was das Papiergeld ohne Zwangskurs betrifft, so waren im lombardisch-venetianischen Königreich nach Abzug der in den Kassen befindlichen Beträge an Schatzscheinen bis Ende Januar 1852 nur noch 4,834,393 Lire im Umlauf. An deutschen und ungarischen Münzscheinen waren mit Einschluß aller in den Staatskassen befindlichen Beträge Ende November 1851 18,192,812 fl. R.-M., Ende Januar 1852 17,526,148 fl. R.-M. im Umlauf.

Italien.

Rom, 10. Febr. (Köln. Z.) Der gestern wiedergekehrte Jahrestag der Verfindigung von Mazzini's Republik (9. Febr. 1849) war von widerwärtigen Vorfällen begleitet. Die Republikaner scheuten die augensällige Gefahr nicht, die große Treppe des Kapitols bereits am Vorabend mit Blumen und Laubgewinden zu schmücken und fulminante Texte auf Flugblättern hier und dort in der Stadt herumzuströmen. Ja, sie gingen so weit, den andbrechenden neunten Februar gestern in aller Frühe in verschiedenen einsamen Stadttheilen durch Böllerschüsse und vollständige Flintensalven den Einwohnern Roms als Feiertag zu verkündigen und ihrerseits zu bewillkommen. Allein die Polizei, der die ganze Demonstration noch vor ihrem Beginne verrathen war, hatte geeignete Maßregeln zum Einschreiten getroffen, — freilich zu spät, denn sie konnte nur an einer Stelle noch verhindern. Hingegen konnte sie fast alle Theilnehmer an dem Erzeße gleichzeitig verhaften. Dabei aber kam es zu Widergeslichkeiten, welche verschiedene Carabinieri sogar zum Feuern nöthigten. Drei

der Freunde der Republik wurden leicht, einer schwer von Pistolenschüssen verwundet. Außer den gestern gefänglich eingezogenen sind in letzter Nacht noch über achtzig der indirekten Theilnehmer an dem Vorfalle angeschuldigte Personen, darunter auch Frauen, verhaftet worden.

Frankreich.

*** Straßburg, 19. Febr.** In einer heute erschienenen Proklamation des Präfekten des Niederrheins werden die H. H. Mfr. Renouard v. Bussiere, Hallez-Claparede, Becquet und Coulaux als die Regierungskandidaten für die Wahl zum gesetzgebenden Körper aufgestellt und empfohlen. Anknüpfend an die Neugestaltung aller Staatsgewalten, welche L. Napoleon in Folge des Votums vom 20. und 21. Dez. unternommen, führt die Proklamation aus, daß es jetzt gelte, das angefangene Werk zu vollenden, worauf sie also fortfährt:

Das Staatsoberhaupt will Männer um sich sehen, die das Volk lieben und seine Interessen kennen, die mit seinen Bedürfnissen vertraut und entschieden sind, dem Grundgedanken der Konstitution vom 14. Jan. sich anzuschließen. Unsere neuen Institutionen lassen keinen Platz mehr für parlamentarische Zwistigkeiten, für ehrgeizige und nutzlose Kämpfe, in denen sich die Kraft des Landes und das Leben der politischen Männer aufrieb. Frankreichs Größe nach außen, Ruhe und Wohlfahrt im Innern, dies ist das Ziel! Einheit in den Ansichten der Bevollmächtigten des Volkes mit den Ansichten des Staatsoberhauptes, ihre kräftige Mitwirkung, dies sind die Mittel zum Ziele. Die Männer, welche sich Eurer Wahl anbieten, kennen das Ziel und wollen die Mittel.

Darauf folgt die Empfehlung der obengenannten Kandidaten.

† Paris, 17. Febr. Das neue Pressegesetz ist noch nicht erschienen, dagegen zeigt der „Constitutionnel“ an, daß der besondere Stempel auf die Romanfeuilletons, 1 Cent. betragend, wegzufallen soll. — Ein Dekret des Präsidenten der Republik verfügt, daß in der Zukunft der Jahrestag des 15. August allein als Nationalfesttag anerkannt und gefeiert werden soll, weil die politischen Jahrestage das Andenken an die innern Zwietrachten zurückerufen und es Pflicht sei, unter den Festtagen denjenigen auszuwählen, dessen Heiligung am besten geeignet sei, die Gemüther im gemeinamen Gefühl des Nationalruhms zu vereinigen. Der 15. Aug. ist bekanntlich Napoleonsfesttag. Die Feier der drei Februaritage und des Proklamationsfestes der Republik ist damit definitiv abgeschafft. — Ein anderes Dekret errichtet im Interesse der Kunst und Geschichte im Louvre ein besonderes Museum für alle Gegenstände, die bewiesenermaßen den verschiedenen Souveränen angehört, die über Frankreich geherrscht haben. Der Minister des Innern wird ermächtigt, dieselben aus allen öffentlichen Anstalten und Gebäuden, wo sie zerstreut sind, zusammenzufügen zu lassen. Auch wird die Erhaltung ausgesprochen, daß das neu gegründete Museum durch Privatgeschenke bereichert werde. — Ein drittes Dekret regelt die Einwanderungsbedingungen in den Kolonien für auswärtige Kolonisten, die seit der Abschaffung der Sklaverei von dort aus gesucht werden, sowie die politischen Verhältnisse zwischen Arbeitern und Herren in den Kolonien in verschärfter Weise. — Der amtliche Theil des „Moniteur“ enthält ferner eine neue Reihe von Personalveränderungen in der Magistratur. — In seinem halbamtlichen Theil berichtet der „Moniteur“ über die günstige Aufnahme, welche zu Martinique und Guadeloupe die Ereignisse vom 2. Dez. gefunden haben. Dasselbe Blatt veröffentlicht ferner den Bericht des Direktors der seit 7 Monaten eingerichteten Pensionskasse für das Alter, die, wie der „Moniteur“ bemerkt, der wohlwollenden Initiative des Prinz-Präsidenten und seinem festen Wunsche nach Verbesserung des Looses der arbeitenden Klassen zu verdanken ist. Die Einzahlungen haben während dieses Zeitraums für Paris ca. 859,000, für die Departemente ca. 353,000, im Ganzen also ca. 1,212,000 Fr. betragen. Die Zahl der Theilnehmer ist 6459. In den Departementen haben die Dezemberereignisse das letzte Trimester unfruchtbar gemacht; in Paris jedoch, wo dieselben schneller vorübergegangen sind, waren die Einzahlungen des letzten Trimesters verhältnismäßig beträchtlich. Der Direktor verspricht sich einen guten Fortgang der Anstalt. Das Maximum der zu erlangenden Rente beträgt bekanntlich 600 Fr. Die Einzahlungen werden in Staatsfonds angelegt. — Der Minister des Innern hat durch einen Erlaß die Dienstuniform aller Beamten seines Departements geregelt. — Man versichert, daß der gesetzgebende Körper den 15. März seine Sitzungen beginnen und seine Session den 15. Juni beenden sein wird. Der gesetzgebende Körper wird mit einer Messe des h. Geistes eröffnet werden, die in Notre Dame gefungen werden und der der Präsident der Republik beiwohnen wird. — Die neugeborene Tochter des Prinzen Murat, welche in der Kapelle des Elysée getauft, und die den Präsidenten der Republik und die Prinzessin Mathilde zu Paphen hat, hat die Namen Marie Mathilde Hortense erhalten.

Gestern Abend hat ein großer Ball bei dem Finanzminister stattgehabt. — Der Vicomte d'Arincourt gibt morgen Abend das Fest, von dem in der letzten Zeit die Rede war; es werden nur Personen zugelassen werden, die 15 Ahnen nachweisen können. Man wird mit Hrn. Berryer eine Ausnahme machen. — Man arbeitet gegenwärtig sehr eifrig an der Organisation der Pariser Nationalgarde. — In Gentilly bei Paris haben vielfache Hausfuchungen in Folge einer entdeckten geheimen Gesellschaft stattgefunden; Papiere und Waffen sind mit Beschlag belegt worden. — Der Gemeinderath von Perigueux ist auf Betreiben des Maires dieser Stadt von dem Präfekten des Departements durch eine Gemeindefunktion ersetzt worden. — Das Kriegsgericht von Clamecy hat in seiner Sitzung vom 14. zwei Personen zur Deportation in einer Festung, vier zur einfachen Deportation, eine zu zwanzigjähriger und eine zu fünfjähriger Gefängnißstrafe wegen ihrer Theilnahme an der Insurrektion und eine wegen Mordversuchs und Theilnahme an der Insur-

rektion zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurtheilt. — In der Nähe von Barcelonnette (Nieder-alpen) hat man die Leichname von 6 Insurgenten gefunden; man glaubt, daß sie durch eine Lawine den Tod gefunden haben. — Gestern wurde auf Veranstaltung der spanischen Gesandtschaft in der St. Magdalenenkirche ein feierliches Te Deum wegen der Rettung der Königin von Spanien gesungen. Der Präsident der Republik ließ sich dabei durch drei Offiziere seines militärischen Hauses, Divisionsgeneral Roguet, Brigadegeneral Caurobert und den Bataillonschef Lepic, vertreten. Die ganze höhere Pariser Gesellschaft wohnte dem Gottesdienst bei. Man bemerkte u. A. auch Guizot, Molé und mehrere andere hohe Staatsmänner der Julimonarchie. — Der Ex-Abgeordnete Michot-Vontet, zuerst zur Deportation nach Cayenne bestimmt, später aber unter der Bedingung freigelassen, in Zukunft Sien zu bewohnen, ist von neuem verhaftet worden. Man glaubt, daß Dieses geschehen ist, weil er seine Wohnung in Batignolles bei Paris zu bewohnen fortgefahren hatte.

Aus Toulouse sind mehrere spanische Flüchtlinge, die keine regelmäßigen Erlaubnißscheine hatten, auf Befehl der französischen Regierung ausgewiesen worden.

Das Zuchtpolizeigericht hat gestern 34 Personen, 32 zu 24-stündiger Haft und 2 zu einmonatlicher Haft (sie waren schon einmal verurtheilt worden) wegen Verkaufs von Druckschriften und Journalen auf den Straßen ohne polizeiliche Erlaubniß verurtheilt.

Der Revisionsrat der ersten Militärdivision ist auf morgen zusammenberufen worden, um sein Urtheil über das Appellationsgesuch Waller's abzugeben.

Die von der ehemaligen Nationalversammlung ernannte Kommission zu Untersuchung der Frage, den Fleischhandel betr., hatte kurz vor Auflösung der Nationalversammlung ihre Arbeiten beendet. Die von der Kommission gelieferten Dokumente sind von der jetzigen Regierung benützt worden; in denselben wird auf die Freilassung des Fleischhandels angetragen, welchen Antrag man gebilligt hat. In Zukunft wird daher die Zahl der Metzger von Paris nicht mehr gesetzlich festgesetzt werden und dieser Industriezweig unter das gewöhnliche Regime gestellt werden.

Spanien.

* Madrid, 14. Febr. Das letzte Bulletin über den Gesundheitszustand der Königin ist sehr befriedigend. Die Königin hat die Absicht, schon morgen in die Atocha-Kirche zu gehen.

Großbritannien.

* London, 17. Febr. Das Unterhaus beschäftigte sich heute mit der Bill Lord John Russell's in Bezug auf die Errichtung der Milizen. Die Debatten waren interessant. Lord Palmerston, die H. Maule, Sidney, Herbert und die Minister sprachen für die Regierungsmassregel, Sumner und Cobden widerlegten sich derselben. Osborne verlangte die Zurückberufung der Flotte der Tajo-Station. Der Antrag der Regierung wurde angenommen.

Neueste Post.

* Der amerikanische Kongress hat 6000 Doll. zur Unterstützung und Abholung der von der Königin von Spanien amnestirten amerikanischen Gefangenen votirt. (Sie waren bekanntlich bei dem Freischarenzug nach Cuba in die Hände der Spanier gefallen.)

Nachrichten von der Westküste Afrika's zufolge ist das dort gelegene Lagos am 26. und 27. Dez. von den Engländern fast gänzlich zerstört worden. Vier Boote des britischen daselbst stationirten Geschwaders waren bei dem Unternehmen betheiliget. Die Engländer hatten 30 Tode und 71 Verwundete. Dieser große Verlust ward dadurch verursacht, daß das englische Schiff „Bloodhound“ auf eine im Bereiche einer Batterie von 13 Kanonen gelegene Sandbank aufstieg. Der Verlust der Eingebornen wird als sehr bedeutend geschildert. Der König von Lagos ist entthront und ein anderer an seiner Stelle eingesetzt worden.

Zur Ergänzung unserer obigen Nachricht über die Verhandlungen des englischen Unterhauses vom 17. d. fügen wir nach einer tel. Meldung der Frankf. Bl. bei, daß Lord John Russell die von ihm vorgeschlagene militärische Bill durch die Nothwendigkeit, zu einer Defensiv gegen einen Angriffskrieg gerüstet zu sein, motivirte, welcher aus verschiedenen Gründen möglich sei. Er beantragte, in diesem Jahr 8000 junge Leute bei der Reorganisation der Localmilizen in die Listen einzutragen. Das Haus ertheilte seine Zustimmung zur Einbringung der Bill, die sofort zur ersten Lesung kam. Sodann wurde die Vermehrung der regelmäßigen Heeresmacht um 5000 Mann angekündigt. Gleichzeitig läuft aus Portugal die Nachricht ein, daß das englische Geschwader unter Commodore Martin den Tajo verlassen hat, um auf Befehl der englischen Regierung nach dem Kanal abzugehen. Bloß zwei Kriegsdampfer blieben dort zurück.

Die Insubordination gegen den leitenden Ausschuss der „vereinigten Gesellschaft“ reißt unter den feiernden Maschinenarbeitern immer mehr ein. Trotz der Beschlüsse desselben, auf dem Widerstande gegen die Fabrikanten zu beharren, bis diese die verlangten Konzessionen bewilligt haben würden, haben sich doch bereits in Manchester 1698 und in London 1118 Maschinenarbeiter dazu verstanden, zu den früheren Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen und sich von jeder Verbindung mit der „vereinigten Gesellschaft“ loszusagen.

Vergebens sträubt sich der dänische Reichstag gegen das endlich gefundene Abkommen der dänisch-deutschen Wirren und sucht durch Interpellationen das dänische Ministerium zu hemmen. Wieder hatte es Monrad im Volksrath übernommen, durch eine solche Anfrage und Beschwerde Aufklärungen zu erpressen, die zur Vermehrung der Schwierigkeiten der Lage benützt werden sollten. Auch diese Interpellation blieb, wie die früher in beiden Thingen geschehen, ohne eigentliches Resultat. Indeß gab das Ministerium die Erklärung, daß es keine Veränderung des Grundgesetzes anders als auf dem von der Verfassung vorgeschriebenen Wege beabsichtige. Gleichzeitig schreitet man in Holstein bereits zum Vollzug des Arrangements. Am 18. d. sollte sowohl die Regierung von Holstein dem k. dänischen Minister dieses Herzogthums, Graf Reventlow-Criminil, wie auch die Festung Rendsburg und die bisherige schleswig-holsteinische Marine den dazu ernannten dänischen Kommissären überliefert werden. An demselben und am folgenden Tage werden die preussischen Truppen Rendsburg verlassen und nach Preußen zurückgehen. Am 20. d. M. wird der Abzug der österreichischen Truppen mittelst der Eisenbahn von Hamburg beginnen, und werden dann alle Tage so viel Truppen wie möglich befördert werden. Die Bundeskommissäre General v. Zümmen und Graf Mensdorff-Pouilly werden sich nach Uebergabe der Regierung in Kiel am 20. d. M. mit der „Hecla“ nach Kopenhagen begeben. Gleichzeitig werden diejenigen Offiziere und Militärbeamten, welche nicht definitiv dem holsteinischen Kontingent angehören, verabschiedet werden. In den Militär-Depots, welche übergeben werden, befinden sich u. a. 14,000 Stück Spitzkugelmägen und 12 vollständige Feldbatterien.

Die preussische Erste Kammer beschäftigte sich am 16. d. mit der Gemeinordnung für die östlichen Provinzen; am 17. d. wurde der Bericht über die Neubildung der Kammer verlesen. — Die Sendung des Fürsten v. Ligne an die Höfe von Berlin und Wien beschäftigt vielfach die Presse. Die Einen sagen, es handle sich um Schritte gegen die Konfiskation der orleanischen Güter, wovon ein Antheil als Wittgift für die verstorbene Königin der Belgier durch Verträge von staats- und völkerrechtlicher Natur gesichert gewesen sei; die Andern wollen wissen, Frankreich bestrebe nach wie vor auf seiner Forderung der Kriegskosten; wieder Andere fürchten unter diesem oder jenem Vorwand eine mögliche Okkupation Belgiens, wovon die Großmächte im voraus unterrichtet werden sollten. Sicherer ist natürlich nicht bekannt.

Durch k. k. österreichischen Armeebefehl wird angeordnet, daß der Paragrah der Kriegskartell, nach welchem jede

thätliche Widersegligkeit des Untergebenen gegen den Vorgesetzten im Kriege mit dem Tode bestraft wird, in Zukunft auf dieselbe Weise auch im Frieden in Anwendung zu bringen sei, selbst wenn eine besondere Verlegung des Vorgesetzten nicht stattgefunden habe. — In der Kombarde wird in Folge einer Verordnung des k. k. Statthalters vom 15. März an im Kleinverkehr die Rechnung nach österreichischer Währung stattfinden.

In Griechenland hat eine Ministerveränderung stattgefunden. Metropulos, Minister des Innern, Damianos, Justizminister, Barboglios, Kultusminister, haben ihre Entlassung eingereicht. Der König ernannte an ihre Stellen die H. H. Danopoulos, Privilegios, Siavros und Blachos; beide Letztern theilen sich in den Fächern des Kultus und des Unterrichts.

Frankfurter Kurszettel. 18. Febr.

(Aus dem Kursbericht vom Syndikate der Wechselbank.)

Staatspapiere.		per comptant.
Österreich.	Wiener Bankaktien. . . ex Div.	1196 P. 92 B.
"	5 ⁰ / ₁₀₀ Metallobligationen	76 ³ / ₈ B.
"	4 ¹ / ₂ % " "	68 ³ / ₈ P. 1/8 G.
"	4 ⁰ / ₁₀₀ " "	61 ¹ / ₈ P.
"	fl. 250 Loose b. Rothsch. v. 1839	97 ¹ / ₂ P. 1/2 G.
"	fl. 500 " " " " " 1834	179 ¹ / ₂ P.
Preußen.	3 ¹ / ₂ % St.-Sch. Scheine à 105 fr.	90 ¹ / ₂ P. 1/8 G.
"	4 ¹ / ₂ % Oblig. b. Rothsch. à 105 fr.	103 ¹ / ₂ P. 102 ¹ / ₄ G.
Bayern.	5 ⁰ / ₁₀₀ Oblig. v. 1850 b. Rothsch.	103 ¹ / ₄ G.
"	3 ¹ / ₂ % " " " " " "	92 ¹ / ₄ G.
Württemberg.	Ludwigsb.-Verb.-Eisenb.-Akt.	90 ¹ / ₂ P. 3/8 B. 1/2 G.
"	4 ¹ / ₂ % Oblig. b. Rothsch.	101 ¹ / ₂ P. 1/8 B. 101 G.
"	3 ¹ / ₂ % " " " " " " " "	90 ¹ / ₂ P. 1/8 G.
Baden.	5 ⁰ / ₁₀₀ Oblig.	103 ¹ / ₄ G.
"	4 ¹ / ₂ % " " " " " " " "	102 ¹ / ₂ P. 1/2 G.
"	3 ¹ / ₂ % Oblig. v. 1842	90 ¹ / ₂ P. 1/2 G.
"	Loth.-Anl. à fl. 50	62 ¹ / ₂ B.
"	" " " " " " " " " "	37 ¹ / ₂ B.
Kurhessen.	40 Th. Loose b. Rothsch.	32 ¹ / ₂ P. 1/8 B. 1/2 G.
"	Gr.-Hess.-Nordb.-Akt. ohne Zins.	39 ¹ / ₂ P. 35 ¹ / ₄ G.
Gr. Hessen.	5 ⁰ / ₁₀₀ Oblig. v. 1843	101 ¹ / ₂ P. 1/2 B.
"	Loth.-Anl. à fl. 50 b. Rothsch.	88 P. 87 ¹ / ₄ G.
"	Großh.-Anl. 25 b. Rothsch.	—
Raffau.	5 ⁰ / ₁₀₀ Oblig. b. Rothsch.	104 ³ / ₈ G.
"	3 ¹ / ₂ % " " " " " " " "	92 ¹ / ₈ P.
"	Loth.-Anl. à fl. 25 b. Rothsch.	25 ¹ / ₂ P. 1/2 G.
Rußland.	4 ¹ / ₂ % Obl. b. Baring in Lst. à fl. 12	101 G.
"	4 ⁰ / ₁₀₀ " " " " " " " "	89 ¹ / ₂ P. 1/4 G.
"	4 ⁰ / ₁₀₀ " " " " " " " "	89 ¹ / ₂ P.
Spanien.	3 ⁰ / ₁₀₀ inländ. Sch. Pfand. à fl. 2. 30	35 ¹ / ₂ P. 1/2 B. 1/2 G.
Holland.	2 ¹ / ₂ % Integr.	59 G.
Belgien.	5 ⁰ / ₁₀₀ Obl. in Lst. à fl. 12 b. Rothsch.	99 ¹ / ₂ P. 5/8 B. 1/2 G.
"	4 ¹ / ₂ % Obl. in Lst. à 25 fr.	94 P. 33 ¹ / ₄ B. 1/2 G.
Sardinien.	5 ⁰ / ₁₀₀ Obl. b. Rothsch. in Lire à 25 fr.	91 ¹ / ₂ P. 3/8 B. 1/2 G.
"	Loth.-Anl. b. Bethm.	—
Toskana.	5 ⁰ / ₁₀₀ Oblig. in Lire à 24 fr.	94 ¹ / ₂ P.
N. Amerika.	6 ⁰ / ₁₀₀ Staats rüchtl. 1868 Doll. 2. 30	118 ¹ / ₂ P. 1/4 G.

Wechsel in fl. süddeutscher Währung.

Amsterd. fl. 100	101 ¹ / ₂ B. 1/8 G.
ditto	3 M.
Augsburg fl. 100	120 ¹ / ₈ B. 119 ¹ / ₈ G.
ditto	3 M.
Berlin Thlr. 60	106 B. 105 ¹ / ₄ G.
ditto	3 M.
Bremen Thlr. 50 Th.	97 ¹ / ₈ B. 96 ¹ / ₈ G.
ditto	3 M.
Hamb. S. M. 100	88 ¹ / ₈ G.
ditto	3 M.
Leipzig Thlr. 60	105 ¹ / ₂ G.
ditto	3 M.
London fl. 10	120 ³ / ₄ B. 1/2 G.
ditto	3 M.
Paris Frs. 200	95 ¹ / ₂ B. 1/4 G.
ditto	3 M.
Wien fl. 100	96 ³ / ₄ B.
ditto	3 M.
Diskonto	1 ¹ / ₂ % G.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Freitag, den 20. Februar: König René's Tochter, lyrisches Drama in 2 Aufzügen, von Henrif Herz, im Versmaß des dänischen Originals übersetzt von J. A. Leo. Hierauf: Der Nachwächter, komische Oper in 1 Aufzug, nach Th. Körner's Poesie gleichen Namens bearbeitet von H. Krug; in Musik gesetzt von Friedrich Krug.

A. 182. [2]1. In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Das mündliche Verfahren vor dem Unterrichter in bürgerlichen Streitsachen,

nach der neuen badischen Gesetzgebung vom Jahr 1851, dargestellt und erläutert zugleich mit Rücksicht auf nicht sachkundige Personen von

Eduard Brauer,

Hofgerichtsrath in Mannheim.

In Umschlag brosch.; Preis 1 fl. Diese höchst sachgemäß abgefaßte Schrift des auch schon auf diesem Feld der Literatur hinlänglich erprobten Herrn Verfassers können wir mit vollem Recht nicht nur den Herren Juristen aufs dringendste empfehlen, sondern — und ganz besonders — auch dem Bürger und Geschäftsmann, dem sie in ihrer klaren Darstellung und gezielten Gründlichkeit ein treuer Leitfaden bei Betreibung seiner Rechtsangelegenheiten sein wird.

A. 58. [4]2. Raffatt. (Zu verkaufen.) Ein fast noch ganz neuer Wiener Flügel mit schönem Tone ist wegen Abreise zu verkaufen, und zu erfragen beim k. k. österreichischen Herrn Regimentsarzt zu Raffatt.

Wichtige Schrift für Kapitalisten, Landwirthe und Gewerbetreibende!

A. 133. So eben erschien bei J. Schneider und Comp. in Berlin und ist in der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe vorräthig:

Das Wesen der Diskontogesellschaft in Berlin und ihre Benutzung

von

David Hansemann.

8. 64 Seiten. Preis 36 fr.

Wir machen auf diese Schrift besonders aufmerksam, da das Institut, an dessen Spitze der als tüchtiger Finanzmann so bekannte Verfasser steht, sowohl Gelder rentbar macht, wie auch auf solider Basis Personal-Kredit gewährt und seine Wirksamkeit sowohl über den ganzen Staat, als auch über das Ausland ausdehnt.

A. 179. [2]1. Karlsruhe. Anzeige.

Die nachstehenden Summen, als: 200, 300, 700, 900, 1200 und 2200 fl. werden gegen hinlänglichen Verfaß, meistens in Grundstücken bestehend, als Darlehe gesucht; ebenso liegen mehrere Posten von 1500 fl. bis 6000 fl. zum Ausleihen bereit. Näheres hierüber ist in der Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 28 im unteren Stock zu erfahren.

A. 86. [4]2. Karlsruhe. Offerte.

Gegen Vergütung einer sehr guten Provision werden tüchtige Leute zum Verkauf eines couranten Artikels, welcher sowohl in Städten als auch auf dem Lande Absatz findet, gesucht. Kaufmännische Kenntnisse sind nicht erforderlich.

Hierauf Reflektirende belieben ihre genaue Adresse franko an die Expedition dieses Blattes einzusenden.

A. 180. Karlsruhe. (Zeilgegesuch.) Ein gewandter, mit guten Zeugnissen versehener Kellner, welcher 3 Jahre in einem Gasthof servirte, wünscht auf 1. März eine Stelle zu erhalten. Näheres auf franko Anfragen unter der Adresse: A. 180. Durlacherthorstraße Nr. 103 in Karlsruhe.

A. 112. [2]2. Karlsruhe. Lehrlingsgesuch.

Ein junger Mann von guter Erziehung und mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen, wird in eine hiesige Spezereiwaren-Handlung in die Lehre gesucht. — Nähere Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage

J. D. Krieg

in Karlsruhe.

A. 173. [2]1. Karlsruhe. Lehrlingsgesuch.

In einer Konditorei- und Spezereiwaren-Handlung kann ein solider, braver Mensch als Lehrling eine Stelle erhalten. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

A. 170. [2]1. Karlsruhe. Zu verkaufen.

In einer frequenten Stadt des badischen Oberlandes, 4 Stunden von Basel, wird wegen vorgerückten Alters ein, an der Hauptstraße gelegenes, gut eingerichtetes und gangbares Spezereiwaren-, Eisen- und Langwaaren-Geschäft

unter sehr annehmbaren Bedingungen zum Verkauf angefragt. Wo? und von Wem? erfährt man bei der Expedition dieser Zeitung.

A. 171. [3]1. Karlsruhe. Maschinenfabrik Karlsruhe.

Die Hälfte der Werkstätten des zur hiesigen Maschinenfabrik gehörenden Feuerwehrcorps wird hiemit feil geboten. — Sie besteht in Folgendem:

- 1 große zweirädrige Feuerspritze nebst Wehrgewagen mit Blechfaßen dazu, 4 Patentleitern, 2 kleine Leitern, 1 Steigbock mit Leiter, 1 Leitertransportwagen, 1 Rettungssack, 1 Rettungsschleife, 1 Luftapparat von Leder, 70 Leinwandene, 18 lederne Feuerreimer, 12 Wasserbüchsen, 10 messingene, 90 eiserne Helme, 36 Gurten mit Ring und Notzweilen, 32 kleine, 8 große Einreißbeile, 90 leinene Ritze, 4 Trommeln mit Kuppel und Ankleber.

Mit diesen Geräthschaften wird ein Feuerwehrcorps von 100 Mann nach den neuesten Forderungen vollständig ausgerüstet, weshalb sich solche vorzugsweise für Gemeinden eignen, welche Feuerwehrcorps errichten wollen.

Die Liquidationskommission.

A. 85. [3]2. Mosbach. Ich

biete zum Verkauf an: 3 kupferne Bierfessel von 3¹/₂, 4¹/₂ und 18 Dhm, 1 kupfernen Branntweinfessel mit Hut, Schlange, Rohr, und ersuche Liebhaber, sich an mich zu wenden. Mosbach, den 14. Februar 1852.

Martin Schieferdecker, Wittwe.

A. 8. [3]3. Wolfach. Kupferschmied Anton Pfeifer von Wolfach hat vier noch ganz gute Brautfessel von 350, 400, 500 und 600 Maß billig zu verkaufen oder gegen andere einzutauschen.



Lebens- und Pensions-Versicherungs-Gesellschaft in Hamburg.

Im Laufe des Jahres 1851 schloß die Gesellschaft wieder neue Lebens-Versicherungen im Betrage von 1,183,620 Mark Banko.



Ueberrahme der Eisenarbeit für die Eisenbahnbrücke über die Kinzig bei Offenburg.

Nachdem in Folge Allerhöchster Entschliessung Seiner Kön. Hoheit des Großherzogs vom 4. d. M. aus großh. Staatsministerium der vorgelegte Bauplan über die definitive Wiedererbauung der durch das Hochwasser vom 1. August v. J. zerstörten Eisenbahnbrücke über die Kinzig bei Offenburg die Allerhöchste Genehmigung erhalten hat, soll nunmehr unverweilt der Vollzug der Ausführung der neuen Brücke ins Werk gesetzt werden.

Karlsruhe, den 10. Februar 1852. Großh. Direktion der Posten und Eisenbahnen.

A.162. [21]. Karlsruhe. Bekanntmachung. Unter Bezugnahme auf die diesseitige Einladung vom 10. d. M. „Bergebung der Eisenarbeit für die neue Kinzigbrücke bei Offenburg“ wird hiermit festgesetzt, daß die zu machenden Angebote längstens bis auf den ersten März d. J. bei unterzeichneter Behörde einzureichen sind.

A.172. [21]. Bruchsal. Kalklieferung. Die unterzeichnete Stelle fordert hiermit diejenigen Besitzer von Kalköfen, welche in dem nächsten Monate Lieferungen von hydraulischem Kalk zu den Eisenbahnbauten zwischen Bretten und Bruchsal zu übernehmen geneigt sind, auf, ihre Offerte längstens bis 26. d. M. hiebei einzugeben.

A.174. Nr. 974. Buchen. Zwangsversteigerung. Gemäß richterlicher Verfügung werden dem Valten Vater und Konf., Zehnpfändiger, von Langenels, 22 Morgen 2 Rutzen Ackerland auf Langenelzer Gemarkung, aus 11 Parzellen bestehend, Donnerstag, den 18. März l. J., Morgens 9 Uhr, im Rathszimmer zu Langenelz wiederholt öffentlich versteigert, wobei der enoigltige Zuschlag erfolgt, wenn auch der Schätzungspreis nicht erreicht wird.

A.183. [31]. Nr. 458. Rippenheim bei Lahr. Tannenversteigerung. Die Gemeinde Rippenheim versteigert Donnerstag, den 26. Februar d. J., Morgens 9 Uhr anfangend, in ihrem Obem-Gemeindewald, Distrikt I., Abth. 12, Kleiner Knoben, 82 Stämme Tannen von 80 bis 230 Kubfuß, von 20 bis 80 " Eichen Nugholz.

A.184. [21]. Kirchheim, Oberamts Heilberg. Holzversteigerung. Im hiesigen Gemeindewald wird nachstehendes Gehölz gegen Barzahlung versteigert, Montag, den 23. Februar d. J., Abtheilung III. IV. oder Käuweide: 47 Klafter buchenes Prügelholz, 115 Stück Nughangen, 18,453 " buchenes Wellen.

Dienstag, den 24. Februar d. J., Abtheilung X. oder Dornschlag: 427 Bau- und Nughangen, 900 Stück Wagnernaugen. Mittwoch, den 25. Februar d. J., allda: 400 Klafter buchenes und eichenes Prügelholz. Donnerstag, den 26. Februar d. J., allda: 41,000 Stück buchene Wellen.

A.149. [22]. Graben. Stammholz-Versteigerung. Montag, den 1. März d. J., Morgens 9 Uhr, werden in dem Gemeindewald Graben 14 Stämme Eichen, 1 Stamm Forteln, welche sich vorzüglich für Polländer eignen, dann 7 Stämme Linden, gegen gleich baare Zahlung versteigert.

A.161. Waghadt. Eichenverkauf. Zurücknahme. Eingetretener Hindernisse wegen findet der auf den 23. dieses Monats angekünigte Eichenverkauf nicht statt.

A.125. Nr. 2093. Rorf. (Bekanntmachung.) Die in Nr. 24. ausgefchriebenen zwei Häuschen mit rothem Wein werden zu Gunsten der Zoutasse für konfiziert erklärt.

A.178. Nr. 2021. Rheinbischofsheim. (Warnung.) Es wurde im Monat Dezember v. J. darüber ein falsches Gutentheil konfiziert, welches im hiesigen Bezirk in Umlauf zu setzen versucht wurde. Dasselbe ist bayrischen Gepräges, trägt die Jahreszahl 1840, und ist aus einer Mischung, deren Hauptbestandtheile Blei und Zinn sind und in einer Form gegossen ist, welche über ein ächtes Stück dieser Münzsorte angefertigt wurde.

A.166. Nr. 2720. Engen. (Aufforderung und Fahndung.) Ludwig Stät von Neuwelter,

L. w. Oberamts Böblingen, 45 Jahre alt und unterfertigter, mittlerer Statur, ist angeschuldigt, die Summe von 50 fl. zum Nachtheile des Adlerwirths Rothacker, und die Summe von 920 fl., sowie etwa 120 Hämmer und 70 Schafe, zum Nachtheile des Simon Hansler von Tafeln, im Oktober v. J. unterschlagen zu haben, und hat sich der Untersuchung durch die Flucht entzogen.

A.160. Nr. 3257. Weinheim. (Aufforderung und Fahndung.) J. U. S. gegen Heinrich Bugert I. von Bierheim, wegen fahrlässiger Tödtung.

A.163. [31]. Nr. 1965. Neustadt. (Aufforderung.) Der Reiter Martin Andris von Eisenbach, welcher am 28. Januar d. J. in seiner Garnison zu Bruchsal hätte eintreffen sollen, hat sich nicht gestellt.

A.167. Nr. 2904. Billingen. (Fahndungszurücknahme.) Da Kanonier Joseph Neukum von Billingen eingeliefert wurde, so nehmen wir die gegen ihn erlassene Aufforderung vom 11. Juli v. J., Nr. 14,239, und vom 14. September, Nr. 17,400, zurück.

A.177. Nr. 3922. Wiesloch. (Erkenntniß.) Nachdem Joseph Wächter von Wiesloch sich auf die Aufforderung vom 20. Oktober v. J., Nr. 23,714, nicht gestellt hat, so wird derselbe unter Verfallung in die Kosten des Staatsbürgerrechts für verluhig erklärt.

A.150. Nr. 7095. Mosbach. (Vollstreckungsverfügung.) In Sachen Andreas Hack von Daubenzell gegen Margaretha Hack von da, Forderung von 230 fl.

A.124. [31]. Nr. 6032. Lahr. (Aufforderung.) Schreiner Matthias Himmelsbach von Schutterthal hat sich im Jahr 1833 nach Amerika begeben und seither keine Nachricht von sich gegeben.

A.121. [31]. Weinheim. (Erbborladung.) Rechtspolizei-Inspizient Valentin Dell von Weinheim ist als Erbe zum Nachlaß seines Vaters, des verstorbenen Hauptlehrers Georg Michel Dell von Weinheim, mitberufen, dessen Aufenthaltsort aber seit mehreren Jahren unbekannt.

A.127. Nr. 5393. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige, taubstumme M. Anna Bruggler von Wehr wird wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Johann Bader von da gestellt.

A.126. Nr. 5392. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige Verena Wadmer von Niederporf wird wegen Gemüthschwäche entmündigt und unter Vormundschaft des Thomas Lauber, Schreiner, von da gestellt.

A.125. Nr. 5393. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige, taubstumme M. Anna Bruggler von Wehr wird wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Johann Bader von da gestellt.

A.126. Nr. 5392. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige Verena Wadmer von Niederporf wird wegen Gemüthschwäche entmündigt und unter Vormundschaft des Thomas Lauber, Schreiner, von da gestellt.

tion auf Freitag, den 27. Februar d. J., Vormittags 8 Uhr, anderaunt, in welcher etwaige Gläubiger ihre Forderungen um so gewisser anzumelden haben, als ihnen sonst von hier aus nicht mehr dazu verholpen werden könnte.

A.169. Nr. 4294. Sinsheim. (Schuldenliquidation.) Der ledige Johann Kaspar Bach von Daisbach will nach Amerika auswandern. Etwaige Gläubiger haben ihre Forderungen am Samstag, den 28. d. M., Morgens 9 Uhr, dahier anzumelden.

A.168. Nr. 4932. Sinsheim. (Schuldenliquidation.) Der ledige Handlungsdienner Konrad Sasseger von Dühren will nach Amerika auswandern. Etwaige Gläubiger haben ihre Forderungen am Samstag, den 28. d. M., Morgens 9 Uhr, dahier anzumelden.

A.158. Nr. 3760. Schwegingen. (Schuldenliquidation.) Folgende Personen von Pfalzst: 1) Georg Schumacher Eheleute und Kinder, 2) Abraham Richter Eheleute und Kinder, 3) Michael Stroß Eheleute und Kinder, 4) Johannes Appel, Wittwer, und Kinder, 5) Jakob Fallwachs Eheleute und Kinder, 6) Heinrich Klein Eheleute und Kinder, 7) Friedrich Wolf Eheleute und Kinder, wollen nach Amerika auswandern.

A.65. [32]. Nr. 3706. Staufen. (Schuldenliquidation.) Der Bürger und Ziegler Joseph Egg von Kirchhofen will mit seiner Familie nach Nordamerika auswandern. Wer eine Forderung an sie zu machen hat, wird angewiesen, solche am Freitag, den 27. Februar d. J., früh 8 Uhr, auf diesseitiger Kasse anzumelden, widrigenfalls zur Befriedigung nicht mehr verholpen werden könnte.

A.165. Nr. 6083. Waldsbut. (Schuldenliquidation.) Die Auswanderung der Anna Maria Böbler von Waldsbut nach Amerika betreffend. Wird Tagfahrt zur Schuldenliquidation auf Donnerstag, den 26. Februar, früh 9 Uhr, anderaunt und werden die etwaigen Gläubiger mit dem Bedrohen hiezu vorgeladen, daß ihnen sonst zu ihrer Befriedigung von hier aus nicht mehr verholpen werden könnte.

A.175. [31]. Nr. 2655. Karlsruhe. (Schuldenliquidation.) Ueber das Vermögen des Gastwirths Heinrich Penderle dahier ist Quant erkannt, und Tagfahrt zum Richtighellungs- und Vorzugsverfahren auf Dienstag, den 30. März 1852, Vormittags 8 Uhr, anderaunt worden. Es werden daher alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an die Masse machen wollen, aufgefordert, solche in der angeordneten Tagfahrt bei Vermeldung des Ausschusses von der Quant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwaigen Vorzugs- oder Unterfandsrechte zu bezeichnen, die der Anmelde geltend machen will, mit gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antretung des Beweises mit andern Beweismitteln.

A.127. Nr. 5393. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige, taubstumme M. Anna Bruggler von Wehr wird wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Johann Bader von da gestellt.

A.126. Nr. 5392. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige Verena Wadmer von Niederporf wird wegen Gemüthschwäche entmündigt und unter Vormundschaft des Thomas Lauber, Schreiner, von da gestellt.

A.125. Nr. 5393. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige, taubstumme M. Anna Bruggler von Wehr wird wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Johann Bader von da gestellt.

A.126. Nr. 5392. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige Verena Wadmer von Niederporf wird wegen Gemüthschwäche entmündigt und unter Vormundschaft des Thomas Lauber, Schreiner, von da gestellt.

A.125. Nr. 5393. Säckingen. (Entmündigung.) Die ledige, taubstumme M. Anna Bruggler von Wehr wird wegen Gemüthschwäche entmündigt, und unter Vormundschaft des Johann Bader von da gestellt.